

Die österreichisch-ungarischen Finanzen.

Aber die finanzielle Kriegsführung Österreich-Ungarns sprach auf Einladung der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschafts- und Volkswirtschaftslehre am 25. März im Kaiserhof in Berlin der ungarische Reichstagsabgeordnete Dr. Elemer Hantos aus Budapest. Er führte etwa folgendes aus: Zu den häufigsten Prophezeihungen vor dem Kriege, die der österreichisch-ungarischen Monarchie nichts Gutes versprochen, gehörte auch, daß das finanzielle Gerüst der Monarchie bei dem ersten Ansturm zusammenstürzen werde. Die Monarchie war durch die Kriegskrisen der vorhergegangenen Jahre finanziell außerordentlich erschöpft. Österreich trat mit einer Staatsschuld von rund 13 Milliarden Kronen, Ungarn mit einer von 6,75 Milliarden in den Krieg. Das Jahreserfordernis für die Staatsschuld war im Staatsvoranschlag für 1914/15 für Österreich mit 539 Millionen Kronen eingestellt. Unsere Feinde haben angesichts dieser Tatsachen schon in den ersten Monaten des Krieges berechnet, wie lange die finanzielle Kraft der Monarchie währen könne, und das Ergebnis dieser Rechnungen war, daß die Monarchie nicht über die Mittel verfüge, um die Kosten eines auch nur Monate hindurch währenden Krieges zu decken. Mehr als 13 Milliarden Kriegsanleihe waren die Antwort auf diese geringschätzigte Beurteilung unserer Feinde. Außer diesen wurden noch Anleihen bei der Notenbank im Gesamtbetrage von rund 5 Milliarden und Valutaanleihen im Deutschen Reiche im Betrage von einer Milliarde aufgenommen. Für die Monarchie bedeutet das eine Verschuldung von ungefähr 20 Milliarden Kronen. Die genaue Höhe der ausgenommenen Schulden ist jedoch ziffermäßig nicht bekanntgegeben worden. Auch ist die Höhe der bisherigen Kriegskosten nicht genau bekannt. Im ersten Kriegsjahre wurden sie im Durchschnitt monatlich auf 1, im zweiten Kriegsjahre monatlich auf 1½ Milliarde veranschlagt und dürfte in den zwei ersten Kriegsjahren insgesamt 30 Milliarden Kronen betragen.

Die Wirtschaft der beiden Staaten zeigte im allgemeinen eine sehr bemerkenswerte Fähigkeit und Widerstandskraft. Dennoch muß für die Zinsen der aufgenommenen und noch aufzunehmenden Anleihen vorgesorgt werden. Die jüngst erschienene Veröffentlichung der staatlichen Zentralkommission über den österreichischen Staatshaushalt von 1903 bis 1912 gestattet einen Schluß auf die noch vorhandene geringe Dehnbarkeit der sogenannten direkten Steuern. Ein viel größeres Mehrertragnis ist von den indirekten Steuern (Verzehrssteuer, Monopolen, Zölle, Stempel, Taxen und Gebühren) zu gewärtigen. Die Reform dieser Steuern konnte teilweise schon während des Krieges verwirklicht werden. Da es sich aber diesmal nicht um eine gewöhnliche Finanzreform, sondern um die Erschließung neuer ergiebiger Einnahmequellen handelt, wird man auch nicht mit der Erhöhung schon bestehender Abgaben sich bescheiden können, sondern voraussichtlich neue, ertragreiche Abgaben einführen. Von neuen wichtigen Abgaben wird wohl auch in Österreich und zwar im Einvernehmen mit Ungarn, ähnlich wie im Deutschen Reiche, eine Besteuerung des Vermögens aller Art, insbesondere eine „Kriegsvermögenszuwachssteuer“ (deren Kern die sogenannte Kriegsgewinnsteuer darstellt) eingeführt werden.

Von den Staatsfinanzen auf die private Geldwirtschaft übergehend, muß festgestellt werden, daß wir nicht ohne Sorgen für diese in den Krieg eingetreten sind. Aber alle Befürchtungen erwiesen sich als grundlos. Die Banken der Monarchie hatten schon Ende 1914 in ihrer Bilanzsumme ähnliche Ziffern aufzuweisen, wie Ende 1913. Das Jahr 1915 war sogar ein Jahr der Hochkonjunktur für sie und wird zu den finanziell ergiebigsten in ihrer Geschichte zählen. Die nie geahnte Widerstandskraft der privaten Geldwirtschaft und der Staatsfinanzen ist außer ihrer innern Stärke auch gewiß auf einzelne finanzielle Maßnahmen zurückzuführen, die die Regierungen beider Staaten gleichzeitig erließen. Zu ihnen gehören die Anordnungen des Moratoriums, die Aufhebung der Bankakte, die Schließung der Börsen und die Errichtung der Devisenzentralen, deren Bedeutung der Vortragende eingehend schilderte. Alles in allem widerlegen die finanziellen Ereignisse während des bisherigen Kriegsverlaufes in erfreulicher Weise die Prophezeihungen mancher Pessimisten. Der Krieg mit einer Welt von Feinden hat die Finanzkraft der Monarchie nicht erschüttern können. Er hat den Feinden draußen und den zaghaften Gemütern zu Hause mit Klarheit offenbart, daß volle Aussicht darauf besteht, uns mit dem Siege der Waffen auch den Sieg unserer Finanzwirtschaft zu bescheren.

Die Ausführungen des Vortragenden fanden reichen und wohlverdienten Beifall. In der anschließenden Besprechung gedachte der Vorsitzende, Geh. Justizrat Dr. Felix Meyer, in warmen Worten des unzerreißbaren Bandes, das die gemeinsamen blutigen Kämpfe und Siege um die Donau-Monarchie und das Deutsche Reich geschmiedet haben. Er gab seiner Zuversicht Ausdruck, daß diese Gemeinschaft auf Gedeih und Verderb auch der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in und nach dem Kriege Herr werden werde. — Geh. Justizrat Professor Dr. Rießer versicherte den Vortragenden ebenfalls der lebhaftesten Sympathien des deutschen Volkes für sein tapferes, starkes und opfermutiges Land. Er erinnerte daran, daß er schon im Frühjahr 1914 die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland betont habe. Die Größe der finanziellen Macht des Volkes, wie sie sich im Erfolg der Kriegsanleihen zeige, sei wie in Österreich-Ungarn so auch hier eine Überraschung gewesen. Sie rechtfertige die gewisse Hoffnung, daß nach Überwindung der — allerdings sehr großen — Übergangsschwierigkeiten nach Kriegsschluß ein Aufschwung ohne gleichen einsetzen werde. Schon die Tatsache, daß Deutschland allein unter allen kriegführenden Staaten ohne Moratorium ausgekommen sei, müsse bei den Neutralen ein unbedingtes Vertrauen zu seiner Finanzkraft und damit einen gesteigerten Kredit für die im Frieden eintretenden Bedürfnisse zur Folge haben. Dr. Felix Somary kam bei der Vergleichung des österreichisch-ungarischen und des deutschen Nationalvermögens, für das der Vortragende ein Verhältnis von eins zu vier angenommen hatte, auf Grund der von der Donau-Monarchie im Kriege aufgebrauchten Summen zu einem für sie günstigeren Ergebnis. Dr. August Pflug äußerte Zweifel daran, ob die Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge Ungarns sich mit Rücksicht auf die eigenartigen Bodenverhältnisse verwirklichen lassen werde. Professor Dr. Ludwig Stein sprach demgegenüber die Überzeugung aus, daß die im Kriege so außerordentlich gesteigerte Erfindungskraft auch diese technischen Fragen meistern werde. Er erblickte in der Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen der Verbündeten die sichere Gewähr auch für eine finanzielle Gemeinschaft auf Gedeih und Verderb für alle Zukunft.